

Basel II. Die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht – kurz: Basel II – müssen europäische Banken seit 2007 anwenden. Seitdem bemisst sich das Eigenkapital, mit dem eine Bank eine Kreditvergabe unterlegen muss, nach dem laufend zu aktualisierenden Risiko. Basel II wirkt damit stark prozyklisch: Im Aufschwung ist eine Kreditvergabe weitaus leichter möglich als im Abschwung, weil das Ausfallrisiko in einer Rezession zunimmt.

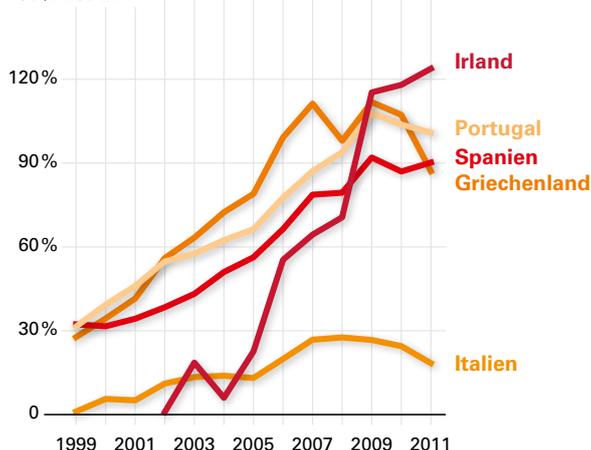
Die Architektur des Euroraums. Aufgrund der so genannten Nicht-Beistandsklausel in den Europäischen Verträgen haften Euroländer untereinander nicht für ihre Schulden. Darüber hinaus ist der Europäischen Zentralbank der Kauf von Staatsanleihen verboten. „Gläubiger haben in der Krise erfahren, dass ein Land ohne Kontrolle über die eigene Währung pleitegehen kann“, erläutert Lindner. Verlangen sie ihr Geld nicht rechtzeitig zurück, laufen sie Gefahr, auf ihren Forderungen sitzen zu bleiben – so geschehen in Griechenland. Um dann nicht selbst pleitezugehen, müssen sie ihre Forderungen schnell verringern.

Normalerweise bilden Staatsanleihen den sicheren Anker für jedes Finanzsystem – allerdings nicht, wenn die Möglichkeit der Staatsinsolvenz besteht. „Für eine Lösung der Krise braucht es ein klares Bekenntnis, dass es nicht zu weiteren Abschreibungen auf Staatsanleihen kommt“ und dass die ungesunde Sparpolitik aufgegeben werde, empfiehlt der Wissenschaftler. Denn die Sparanstrengungen belasten auch die Banken durch immer mehr Privat- und Unternehmensinsolvenzen in den Krisenländern infolge des starken Wachstumseinbruchs. Nach der Stabilisierung sowohl des Marktes

für Staatsanleihen – hier könnte die EZB als „lender of last resort“ agieren – als auch der Realwirtschaft spricht Lindner sich für eine härtere Bankenregulierung aus, um zukünftigen Kreditblasen vorzubeugen. ◀

Wachsende Schuldenberge

Die Auslandsverbindlichkeiten betragen in ...
150% des BIP



Quelle: Lindner 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Fabian Lindner: Banken treiben Eurokrise, IMK Report 82, Juni 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

UMWELT

Weniger Wochenstunden, weniger CO₂

Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen effizientere Produktionstechniken zum Einsatz kommen. Doch das allein wird kaum reichen. Eine sozial verträgliche Strategie zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs könnten kürzere Arbeitszeiten sein.

Die Europäische Union will den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen drastisch senken, bis 2050 um 80 Prozent oder mehr im Vergleich zum Niveau von 1990. Gemessen am heutigen Emissionsniveau müssten Industrie und Verbraucher in Europa die Emissionen jedes Jahr um rund vier Prozent reduzieren, wenn das EU-Klimaziel eingehalten werden soll, wie IMK-Abteilungsleiter Andrew Watt berechnet hat. * Allerdings war der Fortschritt zumindest in der Vergangenheit deutlich langsamer – von 1998 bis 2008 sank der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU um insgesamt gerade einmal 4,3 Prozent. Gelingt es nicht, den ressourcenschonenden technischen Fortschritt „bedeutend und dauerhaft zu beschleunigen“, so Watt, führt längerfristig kein Weg an einem langsameren Produktionswachstum vorbei.

Das hätte jedoch gravierende soziale Folgen. Bei weiter steigender Produktivität kostet eine Drosselung der Produktion ohne weitere Regulierung Jobs. Soll das Beschäftigungsniveau dagegen aufrechterhalten werden, bleibt nach Watt nur eine Möglichkeit: kollektive Arbeitszeitverkürzung. Statt mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen, hieße die Parole eher: weniger arbeiten, um weniger die Umwelt zu belasten. Wie stark die Wochenarbeitszeit bis 2050 zurückgehen muss-

te, um den CO₂-Ausstoß wie geplant herunterzufahren, ist schwer vorherzusagen. Allerdings lassen sich verschiedene Szenarien bestimmen. Watt hat eine Beispielrechnung für den Extremfall angestellt: Wenn sich das Tempo der Effizienzverbesserung in den kommenden Jahrzehnten überhaupt nicht erhöhen sollte, müsste die Wochenarbeitszeit in Europa auf nur gut 10 Stunden sinken, um sowohl Klimakatastrophe als auch Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Würde sich die Rate der jährlichen Energieeinsparung verdoppeln, ließen sich beide Ziele bereits mit einer um 6,5 Stunden verkürzten Arbeitswoche erreichen.

Allerdings müssten die Effizienzsteigerungen beziehungsweise Arbeitszeitverkürzungen Watt zufolge um einiges höher sein, wenn ein weiterer Aspekt berücksichtigt wird: Verlagerungen von energieintensiver Produktion ins Ausland dürfen nicht als Klimaerfolg gewertet werden. In jedem Fall müssten aber Verteilungsfragen gelöst werden, so der Ökonom. Denn weniger Einkommen und mehr Freizeit sei für viele gut Verdienende wohl eine akzeptable Aussicht, aber nicht für Geringverdiener. ◀

* Quelle: A. Watt: Work less to pollute less?, ETUI Working Paper 8/2012
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)